Saarlouis, Freitag, 23 Dezember 1921

Saar-Zeitung

Organ der Zentrumspartei für Stadt und Land des Saargaues.

Vierteljährlicher Bezugspreis: Durch unsere Agenten 18 Mk. Mit der Post 19 Mk. Zeilenpreise: a) für Anzeigen 41 mm Borgiszeile 1,20 Mk., b) für Reklamen 82 mm 3,00 Mk. Bei Wiederholungen günstiger Rabatt.

Nr. 287. 50. Jahrgang.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten. — In Saarlouis die Geschäftsstelle: Gefängnisstraße Nr. 2. — Telegramm-Adresse Saar-Zeitung. Fernsprecher: Expedition Nr. 6, Redaktion Nr. 52. Postscheck 30.

Noch immer keine Entscheidung.

England bereit, Garantien zu stellen. — Der oberste Rat wird in Cannes tagen.

Weitere Aufschiebung der Entscheidung.

hz. London, 22. Dez. Die britische Regierung ist, wie Daily Mail schreibt, auch dem französischen Gedanken der Ernennung einer fiskalischen Kommission, die für ganz Deutschland das Amt einer behördlich anerkannten Verwaltung ausüben würde, ablehnend gegenüber. Briand ist der Ansicht, daß die Auferlegung von Sanktionen, unterstützt durch ein starkes Heer und einer starken Flotte, das einzige Mittel sei, die Bezahlung der deutschen Reparationen zu erhalten. Briand wäre bereit, von diesen seinen Forderungen herunterzugehen, wenn von Seiten Großbritanniens unbedingte Garantien gegeben würden, daß es Frankreich im Falle dieses durch eine feindliche Macht angegriffen würde, zur Hilfe kommen würde. Es besteht Grund zu der Annahme, daß Briand von neuem den Gedanken vorbrachte, daß Großbritannien den von Wilson und Lloyd George unterzeichneten Garantievertrag annehmen solle. Es ist laut Daily Mail völlig klar, daß die Frage der europäischen Sicherheiten bei den Londoner Beratungen eine überragende Rolle gespielt habe, und daß alle Zugeständnisse, die Briand zu machen bereit sein könnte in der Reparationsfrage, von dieser Garantiefrage abhänge.

hz. London, 22. Dez. Der Berichterstatter des Daily Telegraph nimmt an, daß es heute bezüglich der Reparationsfrage zu einigen Beschlüssen der englischen und französischen Sachverständigen kommen werde. Man werde wahrscheinlich folgenden Weg wählen: Deutschland werde keineswegs ein Moratorium gewährt werden, sondern es werde aufgefordert werden, die Januar- und Februarraten voll zu bezahlen. Ob es diese voll bezahlen werde, sei natürlich zweifelhaft. Die Erwägung der Gestaltung der weiteren Zahlungen im Jahre 1922 werde bis zur nächsten Konferenz des Obersten Rates verschoben werden. Es werde jedoch Deutschland zu verstehen gegeben werden, daß eine solche Gewährung eine sehr gründliche Reform des augenblicklichen deutschen Finanz- und fiskalischen Systems" unter strengen Maßnahmen alliierter Beaufsichtigung und durch Ausdehnung der bestehenden Befugnisse des Garantiekomitees voraussetze. Diese Maßnahmen würden vielleicht noch strenger gefaßt werden, wenn Deutschland im Januar und Februar nicht voll zahle. Die englischen und französischen Sachverständigen würden auch geneigt sein, Zugeständnisse bezüglich des Wiesbadener Abkommens und des Finanzabkommens vom 13. August vorzuschlagen.

hz. Paris, 22. Dez. Der Sonderberichterstatter des Petit Parisien meldet aus London, in dem Maße, in dem es möglich sei, über das Ergebnis der Unterhandlungen, die zwei Tage stattgefunden hätten, unterrichtet zu sein, sei es unwahrscheinlich, daß sie vollkommen der Erwartung der öffentlichen Meinung entsprechen werden. Was habe man von der Begegnung in London erhofft? Hätte es sich einfach nur darum gehandelt, ein Einverständnis über die Antwort zu erzielen, die man Deutschland in Bezug auf die Zahlungen von Januar und Februar hätte geben wollen? Wollte man nur etwa den Kohlenpreis ab 1. Mai bestimmen oder über das finanzielle Abkommen vom 13. August zu entscheiden und zugleich auch über das Wiesbadener Abkommen? Was man erhoffte, das sei, daß infolge der augenblicklichen Schwierigkeiten und auf Grund der Lehren, die die Konferenz von Washington gegeben habe, Lloyd George und Briand das gesamte französisch-englische Problem aufrollen und dann zum europäischen Problem übergehen. Das scheint auch Lloyd George gewollt zu haben, und seine Absicht scheine auch gewesen zu sein, eine endgültige Regelung der Reparationsfrage durch den Verzicht auf den britischen Anteil zu Gunsten Frankreichs vorzunehmen. Man brauche auf diese Hoffnung nicht zu verzichten. Jedoch scheine es, daß die beiden Regierungschefs nicht der Ansicht gewesen seien, daß diese großen Fragen für ein Gesamtabkommen, sei es auch nur grundsätzlicher Art, reif seien.

hz. London, 22. Dez. Laut „Daily Chronicle" ist England bereit, Frankreich die wirksamsten Garantien für seine Sicherheit zu geben, nämlich eine allgemeine Garantie. Es ist jedoch nicht bereit, die französische Sicherheit gegen Deutschland zu garantieren. Diese Garantie müßte laut „Daily Chronicle" eine allgemeine europäische Vereinbarung ausmachen. In der Reparationsfrage beweise der Nachdruck, mit dem die französischen Sachverständigen in dieser Woche versucht hätten, Garantien für die Reparationszahlungen im nächsten Jahre und für ein teilweises Moratorium für die Januar- und Februarzahlungen Deutschland aufzuerlegen, leider, daß sie von dem Geiste Lloyd Georges noch weit entfernt seien, der den Weg für einen wirklichen Wiederaufbau Europas freimachen wolle. Nach drei Jahren seit dem Waffenstillstande müsse erst noch der wirkliche Frieden wiederhergestellt werden.

hz. London, 23. Dez. Reuter zufolge verlautet, daß die englisch-französische Konferenz ein völliges Uebereinkommen in allen Punkten über den Bericht der Sachverständigen erzielt hat, es sei jedoch kein Uebereinkommen erzielt worden, ob dieser Bericht zur Grundlage der Erörterungen mit den übrigen Alliierten zu machen ist. Deutschland werde an der Zusammenkunft des Obersten Rates nicht teilnehmen, die deutschen Vertreter würden jedoch vielleicht ersucht werden, zu erscheinen, wie das während der letzten Konferenz in London der Fall war. Der Oberste Rat werde sich auch mit der wirtschaftlichen Lage Europas befassen.

Der amerikanische Botschafter Harvey bei Briand

hz. London, 22. Dez. Der Botschafter der Vereinigten Staaten Harvey wurde am Nachmittag von Briand empfangen. In französischen Kreisen wird versichert, daß Harvey eine persönliche Botschaft des Staatssekretärs Hughes überbracht hat, in der dieser Briand seinen Dank dafür ausspricht, daß er in Washington der amerikanischen Forderung bezüglich der großen Flotteneinheiten zugestimmt habe.

hz. London, 23. Dez. „Times" zufolge wird über den gestrigen Besuch des amerikanischen Botschafters in London bei Briand im Carlton-Hotel das größte Stillschweigen beobachtet, es werde jedoch für möglich gehalten, daß es sich um eine neue Mitteilung Hughes über die U-Boote handelt. Harvey werde heute vormittag erneut bei Briand vorsprechen und möglicherweise dann die Antwort Briands erhalten. „Times" zufolge ist durch die Forderungen Frankreichs nach einer vermehrten U-Boot-Tonnage, während Großbritannien die völlige Abschaffung der Unterseeboote überhaupt fordert eine Lage geschaffen worden, die es für Großbritannien noch schwieriger mache, Frankreich Zugeständnisse in der Reparationsfrage zu gewähren.

Was wird Deutschland antworten?

* Berlin, 22. Dez. Die Reparationskommission hat in ihrer Antwort auf das deutsche Gesuch um Zahlungsaufschub die bekannten drei Fragen gestellt. Abgesehen von der zweiten, die sich auf den Termin bezieht, wann Deutschland zahlen könne, hätte die Reparationskommission sich die Antwort auf diese Frage eigentlich selber geben können, denn aus den Unterredungen, die ihre Mitglieder bei ihrer Anwesenheit in Berlin mit den amtlichen deutschen Stellen hatten, ist ihnen bekannt, über welche Devisenbeträge Deutschland zum 15. Januar und 15. Februar verfügt. Es dürfte ihnen nicht unbekannt sein, daß der Friedensvertrag einen Paragraphen enthält, der ihnen die deutschen Reichseinkünfte als Pauschal-Garantie für die Forderungen aus dem Friedensvertrag sichert (Art. 248, Anlage 2, § 12b). Das Rohmaterial, wie die Köln. Volkztg. sich ausdrückt, für die Beantwortung der drei Fragen liegt somit vor. Wenn Berliner Blätter von sogenannten „Ressortbesprechungen" zu melden wissen, in denen die deutsche Antwort vorbereitet wird, so stimmt das nicht mit den Tatsachen überein. Ein derartig großer Apparat braucht zur Beantwortung der Note gar nicht in Bewegung gesetzt zu werden. Trotzdem wird die Beantwortung der Note der Reparationskommission weder heute noch morgen erfolgen.

Die Köln. Volkszeitung hat Grund anzunehmen, daß noch einige Tage vergehen werden, bis diese Antwort erteilt wird, und glaubt ferner, daß auf die Formulierung der Antwort die Mitteilungen des zurzeit in London weilenden Herrn Dr. Rathenaus Einfluß ausüben werden. Dr. Rathenau hält sich, um das nur nebenbei zu bemerken, auf Grund einer offiziellen englischen Einladung in England auf. Gegenüber den Ableugnungen der französischen Blätter ist dieser Tatbestand festzuhalten.

Deutschland soll 500 Millionen Goldmark zahlen.

hz. Paris, 22. Dez. Nach Berichten, die aus London in der heutigen Morgenpresse vorliegen, kann erwartet werden, daß der Reparationsfall hinsichtlich der beiden nächsten Raten noch im Laufe des heutigen Vormittags vor der Abreise Briands, die auf 8 Uhr abends festgesetzt ist, geregelt werden wird. Diese Regelung könne jedoch erst auf der Tagung des Obersten Rates in Cannes die Genehmigung durch die Gesamtheit der Alliierten finden.

Der Sonderberichterstatter des Matin sagt, er wäre nicht erstaunt, wenn man Deutschland gewisse Konzessionen bei seiner demnächst fälligen Zahlung machen werde, er erwarte aber, daß diese Konzession auf keinen Fall ein Drittel des Betrages überschreitet.

Nach dem Petit Parisien soll das vorgeschlagene Moratorium abgelehnt werden. Deutschland soll jetzt die Januar- und Februarraten zahlen, von zusammen 500 Millionen Goldmark, der Betrag von 275 Millionen Goldmark, der der 26prozentigen Exportsteuer entspricht, soll vorerst beiseite gelassen werden. Die Sachverständigen sollen aber die Verstärkung der Machtbefugnisse des Kontrollausschusses empfehlen. Man könne jedoch bedauern, daß die britischen Sachverständigen sich nicht völlig der französischen Auffassung anschlössen, um diesem Ausschuß ein Verifizierungsrecht, ein Recht zur Einmischung in die deutsche Verwaltung zu geben.

Das Abkommen zwischen Oesterreich und der Tschechoslowakei.

Prag, 22. Dez. In Prag und Wien wurde heute das politische Abkommen zwischen der Tschechoslowakei und Oesterreich veröffentlicht, das zwischen Benesch und Schober abgeschlossen wurde. In dem Abkommen verpflichten sich beide Staaten, die Verträge von Saint Germain und Trianon in vollem Umfange durchzuführen. Sie garantieren einander die gegenseitigen Staatsgebiete und werden einander zur Sicherheit der Integrität der genannten Gebiete in politischer und diplomatischer Hinsicht unterstützen. Sie verpflichten sich ferner zur Wahrung der Neutralität im Falle eines fremden Angriffs auf eine der Vertragsparteien und sagen sich gegenseitige Unterstützung bei der Bekämpfung von Geheimorganisationen zu. Falls zwischen beiden Staaten nach Abschluß des Abkommens sich strittige Fragen erheben sollten, verpflichten sich beide Staaten, sich in freundschaftlichem Einvernehmen zu verständigen.

Die Rückreise Briands.

K. Paris, 22. Dez. Die Abreise Briands, die eigentlich für heute angesetzt war, ist verschoben worden. Der Ministerpräsident wird am Donnerstag abend oder erst am Freitag früh die Rückreise nach Frankreich antreten. Ueber den Ort, an dem die große internationale Konferenz stattfinden soll, wird noch nichts gesagt. Es ist aber möglich, daß sie an einem der großen Winterkurorte am Mittelmeer abgehalten wird, da Lloyd George Erholung brauche und bei dieser Gelegenheit andere Luft atmen will, als die von Paris oder London.

Briand bei Curzon?

K. Paris, 22. Dez. Der Korrespondent des „Petit Parisien" in London erzählt von geheimnisvollen Besuchen und Ausfahrten, die gestern nachmittag im Carlton-Hotel beobachtet wurden. Briand und Berthelot seien plötzlich fortgefahren, ohne daß jemand wußte wohin, der Korrespondent vermutet, daß sie gestern eine Unterredung mit Lord Curzon gehabt haben.

Die Unterseebootsfrage.

K. Paris, 22. Dez. Eine volle Einigung über die Flottenabrüstung wird in Washington nicht erfolgen, solange nicht über die U-Boote entschieden worden ist. Wie aus Washington vor einigen Tagen gemeldet wurde, verlangt England, daß überhaupt keine U-Boote mehr gebaut werden dürfen. Die Vereinigten Staaten wollen soweit nicht gehen. Sie machen aber einen Vorschlag, der die U-Boote gleichfalls beinahe beseitigt. Wenigstens die großen U-Boote. Amerika schlägt als Grundlage für das Verhältnis die sehr geringe Ziffer von 90 000 Tonnen vor, sodaß auch Frankreich und Italien je 30 000 Tonnen für U-Boote kommen würden. Das wäre sehr wenig, und Frankreich erklärte, daß es unmöglich sei, diesen Vorschlag anzunehmen. Es schlug als Mindestziffer für den französischen Flottenbestand 75 000 Tonnen vor. Wenn auch eine Einigung erfolgt, die etwa in der Mitte zwischen den beiden Ziffern 75 000 und 30 000 Tonnen liegt, so wird selbst diese Bestimmung die Folge haben, daß große U-Boote in Zukunft nicht gebaut werden können. Es ist klar, daß eine solche Entscheidung nur provisorisch sein würde, und künftige Differenzen zur Folge haben müßte. Denn auf die Dauer läßt sich die Weiterentwickelung dieser technischen Erfindung von größter Bedeutung, wie sie das U-Boot ist, nicht unterdrücken. Vorläufig ist aber der Standpunkt Frankreichs, von dem der englischen Marinesachverständigen noch sehr weit entfernt, und auch die Entscheidung über die Abrüstung zu Lande geht bei England und Frankreich auseinander. Wie der „Matin" berichtet, dessen Korrespondent die Auffassung der englischen Marinesachverständigen wiedergibt, obwohl es ihm natürlich peinlich ist, darüber etwas zu sagen. Die Engländer rechnen, daß Frankreich eine Armee von 818 000 Mann unterhält, obwohl das Budget nur 750 000 vorsieht. Die Hälfte dieses Heeres wäre außer Landes stationiert, am Rhein, in Afrika und in Asien. Aber die andere Hälfte von 400 000 Mann bliebe in Frankreich verwendungsbereit, sodaß Frankreich mit seiner Luftflotte von mehr als 2000 Flugzeugen und der Unterseebootsflotille die es dazu vergrößern wolle, ein sehr unbequemer Nachbar werden könne. Wenn ein Bündnis zwischen England und Frankreich zustande kommen solle, wäre es nur normal, daß die französischen Streitkräfte verringert würden, denn die Sicherheit Frankreichs sei durch die Allianz gedeckt. Auf diese Einwendung will Briand sich aber nicht einlassen. Er hat dem englischen und amerikanischen Zeitungsberichterstatter gesagt, daß er allerdings dazu bereit sei, die Zahl der großen Kriegsschiffe nach dem amerikanischen Programm zu beschränken, daß er dafür aber die Zahl der zur Verteidigung bestimmten leichteren Schiffe entsprechend vermehren wolle. Er begreife die Aufregung der amerikanischen und englischen Presse nicht, Frankreich müsse die Verbindung mit seinen Kolonien aufrecht erhalten, und seine Küsten schützen können. Wenn irgend jemand der französischen Regierung feindselige Absichten zuschreibe, so sei das eine Verleumdung.

Die Saar-Zeitung

geht mit dem 1. Januar in ihr 50. Lebensjahr. Fünfzig lange Jahre hat sie als „Zentrumsorgan" treu und redlich der

katholischen Sache gedient.

In den harten Tagen des Kulturkampfes hat sie die treuen Anhänger um sich geschart und war ihnen Führerin und Wegweiser in diesem Ringen um Sein und Nichtsein unserer Kirche.

Heute haben unsere Katholiken mehr denn je einen

Leucht- und Leitstern

nötig, der sie leitet und steuert in diesem Meer von Unwahrheiten und Unlauterkeiten, die von unseren Feinden nicht gescheut werden, um unsere religiöse

katholische Weltanschauung

aus dem Herzen unseres Volkes zu reißen. Und ein solcher Leuchtturm ist die

Saar-Zeitung.

Darum Treue gegen Treue. — Helft alle mit, daß sie es bleibt. Ihr Katholiken des Saargebiets, lest unser altbekanntes und tapferes

Zentrumsorgan.

Helft und werbt ihr neue Leser,

der 1. Januar steht vor der Tür.

Smeets und Frankreich.
„In begeisterten Worten."

* Paris, 22. Dez. Gestern veranstaltete der Ausschuß für das linke Rheinufer im Versailler Rathaus unter dem Vorsitz des Senators General Hirschauer eine Versammlung, an der mehr als 500 Personen teilnahmen. Mehrere Redner, darunter ein ehemaliger Lehrer und Offizier bei der Rheinarmee, hielten Ansprachen. Einer von ihnen berichtete in begeisterten Worten über die kürzlich abgehaltene Versammlung der rheinischen Sonderbündler um Smeets. Die Redner fanden bei den Zuhörern reichen Beifall.

Diktat oder Verständigung?

Alle Zeichen deuten darauf hin, daß wir wieder einmal in einer Stunde leben, in der die Nornen ihre Lose schütteln. Briand ist zu Lloyd George gefahren, und er soll, wenn man Pressemeldungen glauben darf, in seiner Aktenmappe neue Pläne und Vorschläge für die künftige Politik mit sich führen. Den Hauptgegenstand der Aussprache bildet die Reparationsfrage. Aber mit ihr werden andere internationale Fragen, auch solche, die das Verhältnis von Frankreich und England betreffen, verknüpft werden. Die Reparationsfrage wird aus diesem Zusammenhang nicht herauszuschälen sein. Auch Lloyd George hat natürlich ein Programm. Er hatte es noch eher als Briand. Er hat ja die Anregung zu der neuen Zusammenkunft gegeben, und die Probleme, die die Welt beschäftigen, sind von England aus ins Rollen gebracht worden.

Es scheint, daß man nichts beschließen will, ohne von Anfang an mit Deutschland in Fühlung zu bleiben. Darauf weist der neue Besuch Rathenaus in London hin. Als etwas mehr denn als eine Auskunftsperson nach zwei Seiten hin wird man ihn im gegenwärtigen Stadium der Dinge allerdings kaum anzusehen haben. Man hat auch schon bei früheren Anlässen Deutschland „gehört", aber man hat bis jetzt auf seine Stimme nicht viel gegeben. Wenn man jetzt diese „Anhörung" vielleicht etwas optimistischer beurteilen darf, so deshalb, weil die Reformbedürftigkeit des ganzen Reparationssystem im Laufe der Monate aller Welt immer klarer geworden ist. Die bisherige Politik der Entente steht vor einem Fiasko. So geschickt sie während des Krieges war, so unvernünftig war sie unter dem vorherrschenden Einfluß Frankreich nach dem Kriege. Mit den bisher von der Gegenseite befolgten Methoden geht es nicht mehr weiter. An die Stelle des machtpolitischen Diktats muß endlich eine internationale wirtschaftspolitische Verständigung treten. Die Machtpolitik hat gründlich abgewirtschaftet. Sie hat in der ganzen Welt ein wirtschaftliches Chaos angerichtet. Leute innerhalb und außerhalb Deutschlands, die nicht unter den Nachwirkungen der Kriegspsychose litten, haben schon längst gewußt, daß die Politik von Versailles und von London sich einmal in eine Sackgasse verrennen würde. Aber es dauert manchmal lange, ehe der gesunde Menschenverstand siegt. Die Gewähr, daß es jetzt soweit ist, haben wir noch keineswegs; aber die Tatsache, daß das Reparationsproblem überhaupt von neuem aufgerollt wird, läßt uns mit der Möglichkeit rechnen, daß wir einen Schritt weiterkommen.

Wenn zwei oder mehrere Parteien sich verständigen wollen, dann darf keiner der Beteiligten nur als Objekt der zu fassenden Beschlüsse angesehen werden. Seit dem Waffenstillstand war Deutschland für